

# „Chinas Probleme sind Deutschlands Chance“

Interview Der Experte Stefan Söhn erklärt, wie Betriebe aus der Region von den Umweltproblemen in dem Land profitieren

Augsburg China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nach den USA ist zuletzt wieder deutlich um 7,8 Prozent gewachsen. Das wurde hierzulande mit Erleichterung aufgenommen, weil das Wohlergehen Deutschlands auch davon abhängt, wie viele Waren sich nach China exportieren lassen. Andererseits wird auch bei der derzeitigen Weltklimakonferenz in Polen über die Schattenseiten dieses Wachstums diskutiert. Weite Teile der Bevölkerung Chinas leiden unter der Umweltzerstörung. Darüber hat gerade das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas debattiert. Die Politiker wollen die ökologische

„Die Chinesen haben verstanden, dass sie Hilfe aus dem Ausland brauchen.“



Der China-Experte Stefan Söhn

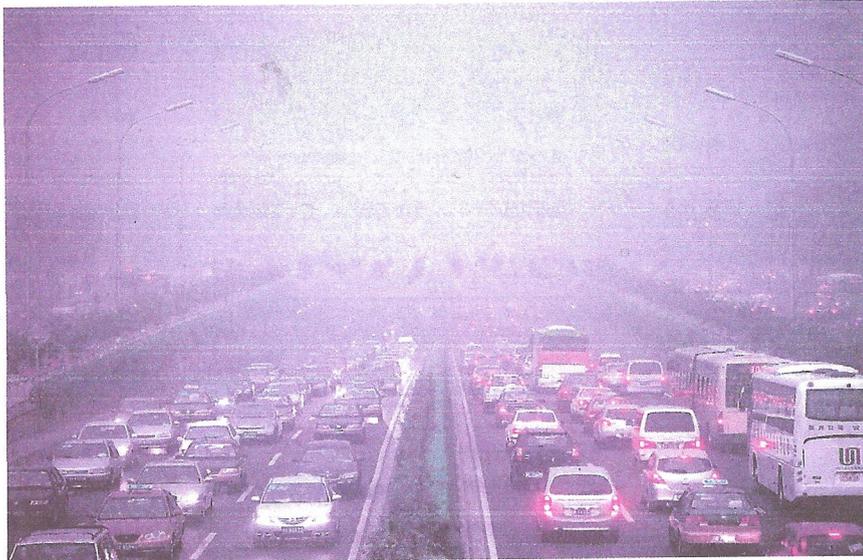
Lage in dem Land verbessern und die Korruption bekämpfen. Darüber sprachen wir mit dem Augsburger China-Experten Stefan Söhn.

**Bekämpft die Kommunistische Partei ernsthaft die Korruption?**

**Söhn:** Es gibt immer mehr Anzeichen dafür, dass es die Partei ernst mit der Bekämpfung der Korruption meint. Es bleibt nicht bei medienwirksamen Aktionen wie der Verurteilung des früheren Politstars Bo Xilai, dem neben Korruption auch vorgeworfen wurde, er habe seine Position als KP-Vorsitzender der Metropole Chongqing ausgenutzt, um einen von seiner Frau begangenen Mord zu vertuschen. Bo Xilai hat eine lebenslange Strafe erhalten. Auch der frühere chinesische Eisenbahnminister Liu Zhijun ist wegen Korruption und Machtmissbrauchs zu einer Todesstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Mittlerweile sind auch mehr und mehr internationale Firmen wegen Bestechungsvorfällen in den Fokus von Ermittlungen geraten.

**Wird mit gleicher Intensität versucht, die für die Menschen unerträgliche Umweltsituation zu verbessern?**

**Söhn:** Die neue Regierung geht das Thema sehr ernsthaft an. Die Funktionäre spüren, wie sehr die Menschen etwa unter der Verunreinigung der Luft und des Wassers leiden. Die Kommunistische Partei steuert hier kräftig um. Im gültigen zwölfjährigen Plan wird dem Thema große Bedeutung eingeräumt und die Regierung stellt dafür erhebliche finanzielle Mittel bereit.



Längst versucht man in Chinas Hauptstadt Peking, den Smog zu bekämpfen. In den nächsten vier Jahren sollen 40 Prozent weniger Autos zugelassen werden. Auch das Fachwissen deutscher Umweltunternehmen ist dabei gefragt. Foto: Diego Azubel, dpa

Augsburg und Schwaben sind ein Umweltkompetenzzentrum. Ist das Know-how der Firmen aus der Region in China gefragt?

**Söhn:** In China herrscht generell starke Nachfrage nach den Leistungen deutscher Umwelttechnologiefirmen. Auch Betriebe aus Schwaben und Oberbayern machen in dem Land gute Geschäfte. Und unsere Beratungsfirma MBL China Consulting organisiert gerade im Raum Peking einen Umweltkongress. Die Chinesen haben verstanden, dass sie Hilfe aus dem Ausland brauchen, um die Folgen der Umweltsünden der Vergangenheit in den Griff zu bekommen. Chinas Probleme sind Deutschlands Chance.

**Was müssen Firmen beachten, die in China Erfolg haben wollen?**

**Söhn:** Unsere häufig kleineren Umwelttechnologie-Unternehmen trauen sich oft den Markteintritt nicht zu. Doch wenn sie entsprechend vorbereitet sind, könnten sie durchaus selbstbewusster sein. Am besten ist es immer, mit einem Projekt nach China zu gehen, also auf Basis einer schon vereinbarten Zusammenarbeit mit chinesischen Partnern. So sind die Kosten für den Start des Markteintritts wenigstens schon gedeckt. Gerade Firmen, die auf Wasseraufbereitung, Abfallbeseitigung und Luftreinhaltung spezialisiert sind, haben gute Chancen.

**Was passiert, wenn die chinesische Re-**

**gierung mit ihren Umwelt-Plänen hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibt? Geht das Volk dann auf die Barrikaden?**

**Söhn:** Die Kommunistische Partei hat erkannt, dass das Thema ein enormes Potenzial für Unruhen in sich birgt.

**Könnte es im Zuge solcher Unruhen auch zur Forderung nach demokratischen Rechten kommen?**

**Söhn:** Nach meinen Erkenntnissen wird es dazu nicht kommen. So steht etwa die Redefreiheit wie andere demokratische Rechte für den überwiegenden Teil der Chinesen nicht im Vordergrund.

**Wirklich?**

**Söhn:** Ganz sicher. Für die meisten Chinesen steht vor allem eines im Vordergrund: Sie wollen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wichtiger als demokratische Rechte sind ihnen bessere Umweltbedingungen.

**Es müsste doch Regimekritiker stärken, wenn sich viele Funktionäre als korrupt erweisen?**

**Söhn:** Was Chinesen missfällt, ist, wenn politische Kader mit ihrem Reichtum protzen. Das haben die Funktionäre aber erkannt und lassen sich nicht mehr mit der Rolex am Armgelenk fotografieren oder filmen, weil Parteileute, die ihren Reichtum offen herzeigt haben, in Internetblogs kritisiert wurden. Die Rolex wird deshalb unter den Är-

meln des Hemdes verborgen. Und bemerkenswert ist, dass die Regierung von den Funktionären fordert, kleinere chinesische anstatt deutsche Limousinen zu fahren.

**Wie stark ist China sozial gespalten?**

**Söhn:** Etwa 400 bis 500 Millionen Menschen leben in akzeptablen wirtschaftlichen Verhältnissen. Einer knappen Milliarde Menschen geht es aber wirtschaftlich nicht gut, darunter fällt auch das Leid vieler Wanderarbeiter.

**Das ist sozialer Sprengstoff. Was unternimmt die Kommunistische Partei zur Verbesserung der Lage?**

**Söhn:** Die Partei will in den nächsten 20 Jahren weiteren 400 bis 500 Millionen Menschen zu einem Leben in angemessenen wirtschaftlichen Bedingungen verhelfen.

**Was heißt angemessen?**

**Söhn:** Dieses soziale Niveau liegt noch unter dem, was wir als Mittelstand bezeichnen. Demnach können sich Menschen aber eine Wohnung leisten, haben genug zu essen und leben in einem städtischen Umfeld.

**So würden in 20 Jahren knapp eine Milliarde Chinesen in Städten leben. Das klingt nach einer Horrorvision. Kommt es dann zum Umwelt-Gau?**

**Söhn:** Derzeit liegt der Urbanisierungsgrad bei über 50 Prozent. Künftig sollen auch die zentralchinesischen Städte noch stärker wach-

## Stefan Söhn

- Stefan Söhn hat **Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaft** studiert.
- Der 59-Jährige war in verschiedenen Unternehmen als Geschäftsführer und Bereichsvorstand tätig. Je-weils zehn Jahre hat Söhn in führenden Funktionen bei **MAN** und **Kuka** gearbeitet. Seit 2011 ist er Partner und Geschäftsführer der **China Consulting** mit Sitz in Augsburg und Peking. Das Beratungsunternehmen unterstützt deutsche Firmen, wenn sie nach China gehen, und kümmert sich um chinesische Investoren, die sich in Deutschland engagieren. Söhn war bis vor kurzem Aufsichtsratsvorsitzender der chinesischen **Fast Casualwear AG**, die Schuhe und Bekleidung herstellt.
- Morgen findet in Augsburg eine Veranstaltung zum Thema „**China im Wandel**“ statt. Das Hauptreferat hält Ex-Bundesfinanzminister **Theo Waigel**. Söhn und **MBL China Consulting** haben die Veranstaltung mitorganisiert. (sts)

Voraussetzung ist natürlich, dass die Infrastruktur mitwächst und entsprechende Umwelttechnologien zum Einsatz kommen. Das passiert aber. Die Regierung hat aus ihren Fehlern gelernt.

**Wirklich? Peking ist doch oft für Einwohner eine Hölle.**

**Söhn:** Ich war schon oft in Peking und habe dort ein bis zwei Wochen keine Sonne gesehen, sondern nur gelbe Luft. Die Menschen laufen mit Mundschutzmasken herum, um keinen Feinstaub einzatmen. Der Zustand ist nicht länger tragbar. Er birgt mehr als jeder ebenfalls berechtigte Wunsch nach mehr politischen Freiheitsrechten sozialen Sprengstoff. Der problematische ökologische Zustand ist auch das Ergebnis der vielen Kohlekraftwerke in dem Land. China steuert hier mit dem Bau von Atomkraftwerken im großen Stil entgegen.

**Blenden die Kommunisten die Katastrophe von Fukushima einfach so aus?**

**Söhn:** Atomkraft läuft in China unter dem Oberbegriff „Grüner Strom“. Das Geschäft mit dem Bau der Atomkraftwerke in China machen jetzt Briten, Franzosen und Amerikaner. Ich bedaure in dem Zusammenhang immer wieder, dass sich deutsche Unternehmen wie Siemens aus diesem Geschäft nicht zuletzt aufgrund der bei uns verordneten Energiewende zurückgezogen haben. *Interview: Stefan Stahl*